

Vertrauen haben sich unsere bayerischen Ärztinnen und Ärzte mehr als verdient!

Grußwort zur Eröffnung des 82. Bayerischen Ärztinnen- und Ärztetages

Ein herzliches Grüß Gott im schönen Landshut. Ich freue mich sehr, Sie begrüßen zu dürfen. Wie Sie wissen, wurde ich inzwischen zum Fraktionsvorsitzenden gewählt. Seit der Wahl am vergangenen Sonntag ging alles sehr schnell. Was jetzt aber wichtig ist, ist, dass wir schnell eine neue Regierung bilden. Der neue Landtag und die Regierung müssen ihre Arbeit schnellstmöglich wiederaufnehmen. Die Herausforderungen sind dieselben wie vor der Wahl. Sie sind jedenfalls nicht kleiner geworden. Wir dürfen jetzt keine Zeit verlieren: Wir müssen die anstehenden Herausforderungen so schnell wie möglich angehen. Ich werde das von anderer Position aus als bisher tun. Ich freue mich auf die Aufgabe. Und völlig klar ist: Die Gesundheitsversorgung wird auch weiterhin ein ganz zentrales Thema meiner Arbeit bleiben. Vor dem Hintergrund ist es mir wichtig, trotz der aktuellen Veränderungen, hier noch einmal wichtige Themen anzusprechen.

Ärztliche Freiberuflichkeit

Die Bayerische Landesärztekammer hat für die Veranstaltung ein treffendes und wichtiges Motto, „Ich bin so frei! Ärztliche Freiberuflichkeit und Verantwortung“, gewählt. Denn die ärztliche Tätigkeit steht immer unter dem Gesichtspunkt der Freiberuflichkeit. So heißt es schon in der Berufsordnung der Bayerischen Landesärztekammer: „Der Arzt dient der Gesundheit des einzelnen Menschen und der Bevölkerung. Der ärztliche Beruf ist kein Gewerbe. Er ist seiner Natur nach ein freier Beruf.“ Die Freiheit zeugt zugleich von Vertrauen. Vertrauen, dass die Gesundheit der Menschen oberstes Ziel der Ärzte in ganz Bayern ist. Wenn ich mir Versorgung in Bayern anschau, kann ich sagen: Vertrauen haben Sie sich, unsere bayerischen Ärztinnen und Ärzte, mehr als verdient! Wir haben innovative Praxisstandorte, modernste Technologien und bestens ausgebildetes Personal überall im Freistaat. Das ist Ihr Verdienst! Ich bin sehr froh über Ihr großes Engagement. Dafür Herzliches Vergelt's Gott und große Anerkennung!



Klaus Holetschek, ehemaliger Bayerischer Staatsminister für Gesundheit und Pflege, während seiner Rede bei der Eröffnungsveranstaltung zum 82. Bayerischen Ärztinnen- und Ärztetag in Landshut.

Regulierung von Medizinischen Versorgungszentren

Die Freiheit des ärztlichen Berufs gilt es zu wahren. Sie lässt Ihnen als Experten zu Recht die

Wahl, wie die bestmögliche Versorgung individuell aussieht. Genau dieses Wahlrecht sehe ich durch investorenbetriebene Medizinische Versorgungszentren (MVZ) gefährdet. Noch dazu, weil sie einen wachsenden Versorgungsanteil übernehmen: im August 2022 waren es 938 in

Bayern. Das bedeutet eine Zunahme von über 220 Prozent gegenüber dem Jahr 2015. Das Problem dabei: Über 20 Prozent der MVZ sind in Trägerschaft von privaten Krankenhäusern. Investoren erhalten über den Erwerb von Krankenhäusern oftmals Zugriff auf die Versorgung. Wir beobachten diese Entwicklung mit Sorge: So ist es der Beginn von Konzentrationsprozessen und birgt die Gefahr von Abhängigkeiten von nur einem Leistungsanbieter. Dies hat negative Auswirkungen auf die flächendeckende Versorgung und die Freiberuflichkeit. Im Rahmen des Versorgungsstärkungsgesetzes II soll endlich die Regulierung von (i)MVZ erfolgen. Laut dem Bundesministerium für Gesundheit (BMG) nach der Sommerpause. Diese Regulierung begrüße ich natürlich, auch wenn die Bundesregierung sehr spät dran ist. Bayern hat – im Auftrag der Gesundheitsministerkonferenz – zusammen mit Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein einen Entschließungsantrag zur Schaffung eines MVZ-Regulierungsgesetzes in den Bundesrat eingebracht. Dieser wurde am 16. Juni 2023 vom Bundesrat beschlossen. Er enthält eine Reihe von konkreten Maßnahmen, unter anderem: Die räumliche Beschränkung der Gründungsbefugnis von Krankenhäusern; MVZ dürfen also nur in Planungsbereichen, die ganz oder teilweise in einem Radius von maximal 50 Kilometer zum Sitz des Krankenhauses liegen, gegründet werden. Zudem soll der Versorgungshöchstanteil bei hausärztlichen MVZ eines Trägers pro Planungsbereich bei 25 Prozent liegen; bei der allgemeinen und spezialisierten fachärztlichen Versorgung maximal bei 50 Prozent pro Facharztgruppe. Des Weiteren soll der ärztliche Leiter eines MVZ gestärkt werden, beispielsweise durch einen besonderen Kündigungsschutz. Es bleibt abzuwarten, inwieweit die Bundesregierung diese Maßnahmen im Rahmen der angekündigten Versorgungssetze aufgreift.

Entwurf zum GSVG

Nicht nur (i)MVZ sind ein Problem. Aktuell liegt ein Entwurf zum Gesundheitsversorgungsstärkungsgesetz (GSVG) vor. Offenbar ist dieser aber nur eine Arbeitsfassung. Fragwürdig ist schon das Verfahren: Ist das ein Versuchsballon? Nach erster Durchsicht gibt es mehr Schatten als Licht! Das Gesetz betrifft unter anderem die Gesund-

heitskioske. Diese begrüße ich grundsätzlich – sie könnten die gesundheitliche Chancengleichheit fördern. Es besteht aber ein klarer Konstruktionsfehler: Die Finanzmittel fließen in den Aufbau einer neuen Parallelstruktur. Es wäre wichtiger, die vorhandene Struktur zu stärken. Es ist außerdem keine Antwort auf die entscheidende Frage: Mit wem soll die neue Struktur aufgebaut werden?

Stichwort: Fachkräftemangel. Finanzierung teurer Parallelstrukturen statt ordentliche vertragsärztliche Vergütung: So lässt sich Politik des Bundesgesundheitsministers zusammenfassen! Und Beitragserhöhungen gehen sogar noch mit erschwerten Bedingungen für Sie als Leistungserbringer einher. Bestes Beispiel: Zuletzt das GKV-Finanzstärkungsgesetz. Es gibt keine ausreichende Anpassung der Vergütung an massive Kostensteigerungen! Damit erfolgen letztendlich Einsparungen zu Lasten der ambulanten Versorgung durch Ärzte und Zahnärzte. Und damit wird die Versorgung vor allem auf dem Land gefährdet! Die vertragsärztliche Vergütung war gerade bei der Krisensitzung der Kassenärztlichen Bundesvereinigung am 18. August 2023 großes Thema. Wir wissen doch alle: Die Preissteigerungen durch die Inflation sind seit letztem Jahr ein riesiges Problem! Aber die Bundesregierung ignoriert das einfach!

Masterplan Medizinstudium 2020/ Reform der ärztlichen Ausbildung

Ich habe bereits Ihre gute Ausbildung angesprochen. Diese soll durch eine Reform der Approbationsordnung noch besser werden! Die Reform wird von mir daher sehr unterstützt. Die Stärkung der Allgemeinmedizin und ein höherer Praxis- und Patientenbezug des Medizinstudiums wird die jetzt schon sehr gute ärztliche Ausbildung nochmal deutlich nach vorne bringen. Die Mediziner Ausbildung kommt damit mehr in der Versorgungsrealität an. Das heißt, die Ärztinnen und Ärzte werden mehr als bisher für den ärztlichen Alltag und den Umgang mit den Patientinnen und Patienten vorbereitet. Leider hat sich die Novelle der Approbationsordnung bisher stark verzögert. Grund ist die große Uneinigkeit zwischen Gesundheits- und Wissenschaftsseite über die Kosten, die auf die Länder und Hoch-

schulen zukommen. Der Bund hat vor kurzem einen überarbeiteten Verordnungsentwurf vorgelegt, der die Kosten spürbar reduziert, ohne den Kern der Reform anzutasten. Wir haben den Bund aufgefordert, auf dieser Basis nun das Gesetzgebungsverfahren zügig zu einem Abschluss zu bringen! Dabei ist der Bund zur Mitfinanzierung aufgefordert. Ich bin zuversichtlich, dass wir in absehbarer Zeit eine runderneuerte Approbationsordnung für eine zukunftsgerichtete, hochmoderne ärztliche Ausbildung in Händen haben werden. Hier muss der Bund endlich seiner Verantwortung nachkommen und Finanzmittel bereitstellen. Für die Unterstützung der Ärzteschaft in dieser wichtigen Angelegenheit danke ich Ihnen!

Notfallreform

Auch die Patientensteuerung muss verbessert werden. Deshalb wird an der Notfallreform gearbeitet. Dabei darf nicht der Eindruck entstehen, dass Patienten zu regulären Sprechstundenzeiten in Notaufnahmen vorstellig werden können – obwohl sie medizinisch gesehen in der Vertragsarztpraxis zu versorgen wären. Es geht also darum, den Vorrang der vertragsärztlichen Versorgung zu erhalten – gerade auch im Interesse der stationären Notaufnahmen! Zweck des Bereitschafts- und Notdienstes muss es bleiben, sprechstundenfreie Zeiten zu überbrücken! Nochmal in aller Deutlichkeit: Die Notfallreform darf funktionierende Systeme keinesfalls gefährden! Und das haben wir auch schon klar an das BMG adressiert! Die Bayerische Ärzteschaft ist hier mal wieder vorausschauend und innovativ tätig geworden und hat am RoMed-Klinikum Rosenheim ein Modellprojekt entwickelt. Dieses kann eine mögliche „Blaupause“ für die bundesweite Reform sein. Ich habe mir selbst Anfang August ein Bild vor Ort machen können: Ein gestuftes Ersteinschätzungssystem steuert Patienten in die richtige Behandlungsstruktur: ins Klinikum, in die Arztpraxen und in die KV-Bereitschaftspraxis. Auch Machbarkeitsstudien kommen zu einem positiven Ergebnis: Die Patientensicherheit ist gewährleistet und die stationäre Notaufnahme wird entlastet. Es ist erfreulich, dass sich der Bund aufgeschlossen zeigt und das Rosenheimer Projekt in die Reformüberlegung miteinbezieht!

Rückschau und Ausblick

Heute ist ein guter Moment, zurückzuschauen und Danke zu sagen. Es waren drei bewegte Jahre, es war nicht immer einfach. Wir haben gemeinsam aber viel erreicht. Die Zusammenarbeit mit der Kammer und der bayerischen Ärzteschaft war insgesamt immer sehr konstruktiv und vertrauensvoll. Dies gilt vor allem für die Bekämpfung der Corona-Pandemie. Ohne Ihr großartiges Engagement wären wir nicht so gut durch die Pandemie gekommen! Wir haben hervorragend zusammengearbeitet bei der Sicherstellung der ärztlichen Versorgung der Bürgerinnen und Bürger in der Pandemie. Herzlichen Dank dafür. Das gilt vor allem auch für die Zusammenarbeit in der Bayerischen Impfstrategie! Hier mein besonderer Dank auch allen ärztlichen Mitstreitern im Lenkungsausschuss! Gemeinsam haben wir manche Hürde überwunden! Wir müssen uns nochmal vor Augen führen: Es war eine schwierige Anfangszeit mit zu wenig Impfstoff. Folgend mit Spitzenzeiten der Impfnachfrage. Und später dann auch die Auffrischungsimpfungen. Das haben wir gemeinsam gut hinbekommen. Hier mal ein paar Zahlen zur Verdeutlichung: Seit Impfbeginn gab es circa 29 Millionen Impfungen in Bayern, davon knapp die Hälfte in unseren Impfzentren. Das ist herausragend! Eine weitere schwierige Zeit haben wir gemeinsam gemeistert, als Fiebersäfte und Antibiotika für Kinder wegen Lieferengpässen knapp wurden. In der Task Force Arzneimittelversorgung haben wir konstruktiv zusammengearbeitet und auch das bewältigt! Auch hier gilt mein Dank allen ärztlichen Vertretern in der Task Force, aber auch allen Ärztinnen und Ärzten, die vor Ort versucht haben, die bestmögliche Versorgung sicherzustellen. Besonders hervorzuheben: Ein guter und enger Austausch mit dem gemeinsamen Ziel, eine flächendeckende ärztliche Versorgung zu erhalten. Vieles habe ich schon erwähnt, die notwendige Regulierung von MVZ; die Sicherung einer auskömmlichen ärztlichen Vergütung, gerade in Zeiten von Inflation und Preissteigerungen; die Notfallreform und die Überlegungen zur sektorübergreifenden Versorgung bei der Krankenhausreform. Wir haben uns auch gemeinsam auf den Weg gemacht, bürokratische Belastungen der Ärzteschaft auf ein erträgliches Maß zu reduzieren. Die Ärzteschaft hat vielfältige Vorschläge formuliert, die wir dann an den Bund adressiert haben. Ein besonders wichtiges Thema ist für mich auch die Nachwuchsgewinnung und die Fachkräftesicherung. Der Fachkräftemangel nimmt zu – dem müssen wir uns gemeinsam stellen. Zum Wintersemester 2020/2021 kam die Einführung der Landarztquote. Diese war der richtige Schnitt, um mehr motivierte Nachwuchskräfte für eine hausärztliche Tätigkeit auf dem Land zu gewinnen. Jedes Jahr werden mehr als 100 Studienplätze vergeben. Aktuell haben

wir 443 Studierende der Medizin auf Grundlage der Landarztquote. Herzlichen Dank für die Unterstützung durch ärztliche Jurorinnen und Juroren bei den Auswahlverfahren! Wir brauchen Ihre Expertise unbedingt, um aus der Vielzahl an Bewerbern diejenigen auszuwählen, die für den Beruf des Landarztes am geeignetsten erscheinen. Neben Nachwuchskräften, die bei uns ausgebildet werden, brauchen wir auch Ärzte aus dem Ausland. Die Landesärztekammer unterstützt die Anerkennungsbehörden mit der Durchführung der Fachsprachprüfungen. Im Interesse der Patientensicherheit ist es unerlässlich, dass ausländische Ärzte über notwendige Deutschkenntnisse verfügen, bevor sie bei uns ihre ärztliche Tätigkeit aufnehmen. Daneben bemühen wir uns weiterhin gemeinsam um die Beschleunigung der Anerkennungsverfahren. Dazu fand erst gestern ein weiteres Gespräch im Gesundheitsministerium statt. Lieber Herr Dr. Quitterer, danke für Ihren Einsatz in dieser Sache! Einen Fachkräftemangel gibt es nicht nur bei den Ärztinnen und Ärzten, sondern auch bei Medizinischen Fachangestellten. Gemeinsam mit der Kammer wollen wir im nächsten Jahr eine Imagekampagne für diesen wertvollen Beruf durchführen.

Und noch ein Thema, das wir weiterhin konsequent voranbringen werden: Gesundheitsförderung und Prävention. Jetzt im Oktober 2023 wird das Bayerische Staatsministerium für Gesundheit und Pflege (StMGP) zehn Jahre alt. Es ist ein Anlass, nach vorne zu blicken und zu überlegen, wie das Ministerium für die Zukunft weiterentwickelt werden kann: In der Gesellschaft spielt Prävention eine zentrale Rolle. Es liegt also nahe, künftig ein „Bayerisches Staatsministerium für Gesundheit, Pflege und Prävention“ zu haben. Die Gesundheitsförderung und Prävention sind bereits jetzt wichtige gesundheitspolitische Themen des StMGP. Aber dieser Bereich sollte weiter gestärkt und auch im Namen des Ministeriums sichtbar werden. Schließlich geht es darum, wie wir möglichst lange gesund leben können. Bei der Prävention denke ich zum Beispiel an unsere Kinder und Jugendlichen. Die Staatsregierung setzt weiter darauf, frühzeitig Kinder- und Jugendgesundheit zu stärken. Mit Partnern im Bündnis für Prävention, der Gesundheitsverwaltung und den Gesundheitsregionen plus werden wir auch in Zukunft daran arbeiten, Gesundheitskompetenz von Kindern und Jugendlichen zu verbessern. Wir werden weiterhin Modellprojekte zur Bewegungsförderung und gesunden Ernährung unterstützen. Wir fokussieren uns aber nicht nur auf Kinder und Jugendliche, sondern nehmen die ganze Gesellschaft in den Blick. Im kommenden Jahr stellen wir „Frauengesundheit – ein Leben lang“ als Präventionsschwerpunkt in den Fokus. Es gibt gesundheitliche Besonderheiten und Krankheiten, von denen nur Frauen be-

troffen sind – und solche, die bei Frauen häufiger oder in anderer Form als bei Männern auftreten. Darüber werden wir informieren und verstärkt Hilfsangebote dazu aufzeigen. Ein anderes topaktuelles Thema, das uns alle sehr beschäftigt: der Gesundheitsschutz im Klimawandel. Es kommt immer häufiger zu Extremwetterereignissen in Form von Hitzewellen, Stürmen oder Starkregen als Folge des Klimawandels. Hitzewellen stellen eine große Belastung für die menschliche Gesundheit dar. Eine Folge können zum Beispiel Herz-Kreislauf-Erkrankungen sein. Zum Schutz der Gesundheit ist die Anpassung an die Folgen des Klimawandels erforderlich. Hierfür haben wir Ende 2022 am Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (LGL) das Bayerische Kompetenzzentrum für Gesundheitsschutz im Klimawandel gegründet. Es unterstützt die Bürgerinnen und Bürger sowie die Kommunen in Bayern bei der Erarbeitung und Umsetzung von Maßnahmen zur Hitzeanpassung. Aber auch sonst sind wir vielfach zum Thema Gesundheitsschutz im Klimawandel aktiv: Wir fördern zum Beispiel Projekte wie eine Machbarkeitsstudie zum Mückenmonitoring oder das Projekt „Hitzeschutz in einer Gesundheitsregion plus Hitzig“. Hervorheben möchte ich die Arbeit der Landesarbeitsgemeinschaft Gesundheitsschutz im Klimawandel (LAGiK), die im September 2021 gegründet wurde. Hier sind über teilnehmende Institutionen auch zahlreiche Vertreter der Ärzteschaft engagiert. Herzlichen Dank dafür!

Zu guter Letzt noch ein paar Worte zu den unfassbaren Plänen der Ampelregierung zur Cannabislegalisierung. Ich werde diesen auch weiter entschieden entgegentreten. Die Pläne sind unverantwortlich und verstoßen gegen jeden Sachverstand. Ich kann Ihnen versichern: Wir werden alle rechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen, um die Legalisierung und verantwortungslose Verharmlosung einer gefährlichen Droge zu vermeiden. Sollte die Ampelkoalition unsere Kritikpunkte nicht aufgreifen und die Legalisierungspläne durchdrücken – wovon leider auszugehen ist – wird Bayern eine zentrale Kontrolleinheit errichten, um einen möglichst strengen und konsequenten Vollzug zu gewährleisten.

Ich kann Ihnen versichern: Gesundheitsthemen werden mir auch als Fraktionsvorsitzendem am Herzen liegen, und ich werde mich hier auch weiterhin einbringen! Ich danke Ihnen herzlich für die immer vertrauensvolle und konstruktive Zusammenarbeit. Bitte setzen Sie diese mit meiner Nachfolgerin oder meinem Nachfolger fort! Ich wünsche Ihnen allen nun einen guten Austausch mit Ihren Kolleginnen und Kollegen und viel Freude an der Veranstaltung!

Es gilt das gesprochene Wort!